

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UNGARN

**Russlandfreundliche
Magyaren**

Die Äusserungen eines hochrangigen ungarischen Regierungsmitarbeiters Anfang Oktober haben in Ungarn und international für Empörung gesorgt. Balazs Orbán, politischer Direktor und enger Vertrauter des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, hatte in einem Interview erklärt, Ungarn würde im Falle einer russischen Invasion

wahrscheinlich keinen Widerstand leisten. Er bezeichnete die Entscheidung der Ukraine, sich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen, als «unverantwortlich» und zog Parallelen zum ungarischen Aufstand von 1956. Diese Aussagen lösten heftige Kritik aus. Oppositionsführer Peter Magyar forderte Balazs Orbáns Rücktritt und warf ihm vor, das Andenken tausender ungarischer Freiheitskämpfer zu beschmutzen. Andere Oppositionspolitiker sprachen von Verrat und warnten, die Regierung würde Ungarn kampfflos an Russland übergeben. Minister-

präsident Viktor Orbán sah sich gezwungen, die Äusserungen seines Mitarbeiters (mit dem er übrigens nicht verwandt ist) zurückzuweisen. In seiner wöchentlichen Radioansprache betonte er, Ungarn habe sich immer verteidigt und werde dies auch in Zukunft tun. Er bezeichnete die Aussagen als «Fehler» und mahnte zu Vorsicht bei sensiblen Themen. Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf Ungarns umstrittene Haltung im Ukraine-Krieg. Denn das NATO- und EU-Mitglied hat sich bisher geweigert, Waffen an die Ukraine zu liefern oder Sanktionen gegen Russ-

land mitzutragen. Die Regierung steht deshalb in der Kritik, die Interessen Moskaus zu vertreten und die westlichen Bündnisse zu untergraben. Diese jüngste Kontroverse dürfte deshalb die Spannungen zwischen Ungarn und seinen europäischen Partnerländern weiter verschärfen und unterstreicht zudem die Bedeutung einer klaren Haltung der NATO-Staaten zur Verteidigung gegen mögliche Aggressionen. Für das Militärbündnis stellt sich deshalb erneut die Frage, wie mit Mitgliedern umzugehen ist, deren Loyalität zweifelhaft erscheint. *pk*

ESTLAND/FINNLAND

**Gemeinsame
Verteidigungsstrategie**

In den letzten Monaten haben Estland und Finnland ihre militärische Zusammenarbeit intensiviert, um die Verteidigung des Finnischen Meerbusens zu stärken. Ihre strategische Partnerschaft zielt darauf ab, auf mögliche Bedrohungen durch Russland vorbereitet zu sein. Dazu erklärte der Kommandeur der estnischen Streitkräfte, Generalmajor Andrus Merilo, dass die beiden Länder konkrete Pläne entwickeln, um im Bedarfsfall den Finnischen Meerbusen für russische Schiffe zu

sperren. Diese Pläne sind Teil einer umfassenderen Strategie zur Sicherung der Ostsee und basieren auf der Annahme, dass bei einer Verschärfung der Sicherheitslage schnelles Handeln erforderlich ist. Die geografische Lage des Finnischen Meerbusens begünstigt seine Verteidigung, insbesondere durch den Einsatz von Minen und weitreichender Küstenartillerie. Allerdings gibt es auch wirtschaftliche Überlegungen, da wichtige finnische Häfen wie Helsinki und Hamina-Kotka in unmittelbarer Nähe liegen. Ein längerer Konflikt könnte bedeuten, dass der Frachtverkehr in die Nordsee umgeleitet werden muss, was erhebliche infrastrukturelle Anpassungen erfordern würde. Die NATO-Mitgliedschaft Finnlands

und Schwedens veränderte dabei ebenfalls die strategische Lage in der Region. Im Falle einer absehbaren Eskalation sollen rechtzeitig gemeinsame Übungen mit Verbündeten wie den USA, Grossbritannien und Schweden stattfinden. Diese internationale Zusammenarbeit ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigungsstrategie beider Länder. Die estnischen Streitkräfte haben bereits in den Ausbau ihrer Marine investiert, darunter der Kauf von Seeminen und Langstrecken-Anti-Schiffs-Raketen wie beispielsweise die Blue Spear 5G SSM. Parallel dazu haben die baltischen Staaten und Polen EU-Mittel beantragt, um ein Netzwerk von Bunkern und Barrieren entlang ihrer Grenzen zu Russland und Bela-

rus zu errichten. Dieses Projekt wird als «Baltic Defense Line» bezeichnet und soll die Sicherheit der EU-Aussengrenzen erhöhen. Die sich verschärfende Sicherheitslage in Osteuropa hat nämlich gezeigt, dass physische Barrieren auch in einem technologisch fortgeschrittenen Krieg von entscheidender Bedeutung sein können. Die baltischen Staaten und Polen betonen die Notwendigkeit einer koordinierten Verteidigungsstrategie zur Sicherung des NATO-Territoriums. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Estland und Finnland sowie anderen NATO-Mitgliedern spiegelt somit das wachsende Bewusstsein für die Notwendigkeit wider, auf potenzielle Bedrohungen in der Region vorbereitet zu sein. *pk*

ROTES MEER

**Huthi-Terror stört
Lieferketten**

Die Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen auf Handelsschiffe im Roten Meer haben in den letzten Monaten zu massiven Störungen der globalen Lieferketten geführt. Seit Beginn der Attacken im Oktober 2023 ha-

ben die vom Iran unterstützten Milizen mehr als 85 Anschläge auf Tanker, Massengutfrachter und Containerschiffe verübt, vorwiegend durch Raketenangriffe. Dies hat dramatische Auswirkungen auf den Welthandel, da rund 12 Prozent des globalen Warenverkehrs durch das Rote Meer und den Suezkanal abgewickelt werden. Als Reaktion auf die anhaltende Bedrohung meiden viele Reedereien inzwischen die gefährliche Route und leiten

ihre Schiffe um das Kap der Guten Hoffnung in Südafrika um. Diese Ausweichroute verlängert die Fahrzeit zwischen Asien und Europa um bis zu 20 Tage und verursacht erhebliche Mehrkosten. Laut Daten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft ist das Frachtvolumen im Roten Meer seit Dezember 2023 um mehr als die Hälfte eingebrochen und liegt aktuell fast 70 Prozent unter dem üblichen Niveau. Die Umleitung der Schiffe hat entspre-

chend gravierende Folgen für Häfen und Logistikketten. Die Zahl der Schiffsanläufe in Häfen des Roten Meeres ist von durchschnittlich über 200 pro Monat im Vorjahr auf weniger als 40 in der ersten Jahreshälfte 2024 gesunken. Besonders betroffen sind die saudischen Häfen Dschidda und King Abdullah Port. Auch der Suezkanal verzeichnet einen Rückgang der Durchfahrten um rund zwei Drittel, was Ägyptens Transiteinnahmen halbiert hat.

Für die globalen Lieferketten bedeutet dies massive Verzögerungen und steigende Kosten. Die Frachtraten für Container haben sich seit Beginn der Krise mehr als verdreifacht. Viele Unternehmen kämpfen mit Engpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten. Besonders export- und importabhängigen Volkswirtschaften in Europa sind von den Störungen betroffen. Um Lieferausfälle in der wichtigen Vorweihnachtszeit zu vermeiden, ergreifen viele Einzelhändler Notfallmassnahmen. Sie ordern Waren deutlich früher als üblich und nehmen höhere Lagerkosten in Kauf. Dennoch

könnte es bei einigen Produkten zu Engpässen kommen. Es wird mit Preiserhöhungen von bis zu 3 Prozent für die Endverbraucher gerechnet. Die von den USA zum Schutz des Schiffsverkehrs angeführte Militäroperation Prosperity Guardian hat zwar einige taktische Erfolge erzielt, war aber bisher nicht in der Lage, die Bedrohung durch die Huthis vollständig zu neutralisieren. US Vizeadmiral George M. Wikoff (Kommandant der U.S. Naval Forces, des Central Commands, der fünften Flotte und der Combined Maritime Forces) betont, dass neben militärischen Mass-



Der britische Tanker Cordelia Moon wird mit einer Seedrone angegriffen.
Bild: Yemen Wrath

nahmen auch diplomatische Lösungen notwendig sind, um die Situation langfristig zu stabilisieren. Entsprechend verhängten die USA Sanktionen gegen Netzwerke, die die Huthis mit Waffen versorgen. Dennoch halten die Angriffe bisher an. Als Reaktion auf die unsichere Lage haben Versicherungsunternehmen des-

halb unterdessen neue Produkte entwickelt. So bieten Marsh und Tokio Marine Kiln seit Kurzem spezielle Versicherungen gegen Hafenstörungen und Disruption mit einer Deckelung von 50 Mio. Dollar an. Kurzfristig bleibt die Lage angespannt und eine rasche Normalisierung der Schifffahrtsrouten ist nicht in Sicht. *pk*

NIEDERLANDE

Antisemitismus im Polizeikorps

In den Niederlanden sorgt derzeit eine Kontroverse innerhalb der Polizei für Aufsehen. Auslöser sind Berichte über Beamte, die sich aus moralischen Gründen weigern, jüdische Einrichtungen zu bewachen. Die Debatte begann mit einem Interview mit Vertretern des jüdischen Polizeinetzwerks, die ihre Besorgnis über diese Entwicklung äusseren. Sie warnten davor, dass ein Nachgeben gegenüber solchen «moralischen Dilemmata» das Ende der neutralen Polizeiarbeit bedeuten könnte. Die Meldungen lösten heftige Reaktionen aus. Justizminister David van Weel (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) stellte klar, dass es für solche Verweigerungen keinen Raum gebe. «Wenn man die Polizeiuniform trägt, ist man

neutral», betonte er. Er stellte klar, dass es keine Möglichkeit gebe, bestimmte Aufgaben aus persönlichen Gründen abzulehnen. Gleichzeitig räumte er ein, dass bisher keine konkreten Fälle von Dienstverweigerung bekannt seien. Die Diskussion hat unterdessen auch die Politik erreicht. Im Parlament forderten mehrere Parteien eine Debatte zu dem Thema. Die Vorsitzende der Christen Unie warnte, ein Verständnis für die Ablehnung «jüdischer Bewachung» käme einer Kapitulation vor Antisemitismus gleich. Die Polizeiführung bemüht sich deshalb um Klarstellung. Korpschef Janny Knol betonte, dass die Polizei für alle Bürger da sei, unabhängig von deren Hintergrund. Die internen Diskussionen sollen fortgeführt werden, um die Neutralität der Polizei zu gewährleisten und gleichzeitig einen angemessenen Umgang mit moralischen Dilemmata zu finden. Bereits letztes Jahr hatte die ehemalige

niederländische Justizministerin Dilan Yeşilgöz-Zegerius ein Verbot religiöser Symbole für Polizisten im öffentlichen Dienst erlassen. Das Verbot umfasst christliche Kruzifixe, jüdische Kippas und muslimische Kopftücher. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit weltanschaulicher Neutralität der Poli-

zei als Vertreter der Regierung. Damals wurde das Vorgehen als kontraproduktiv für die Vielfalt und Inklusion in der Polizei angesehen und es wurde argumentiert, dass es die Repräsentation von Minderheiten im Korps erschwert sowie den Kontakt zu diversen Bevölkerungsgruppen beeinträchtigte. *pk*

SERBIEN

Wiedereinführung der Wehrpflicht

Serbien plant die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die 2011 abgeschafft worden ist. Präsident Aleksandar Vucic gab am 14. September 2024 bei einer Offiziersweihe in Belgrad bekannt, dass er als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Einführung eines 75-tägigen verpflichtenden Wehrdienstes für Männer unterzeichnet hat. Frauen können weiterhin freiwillig dienen. Vucic betonte die Notwendigkeit einer starken Armee und erhöhter Waffenproduktion, um potenzielle Bedrohungen abzuschrecken, ohne spezifische Gegner zu nennen. Der Wehrdienst soll 60 Tage Kasernierung und 15 Tage Übungen umfassen. Die Regierung muss den Plan noch formell absegnen, was als sicher gilt. Premiermi-

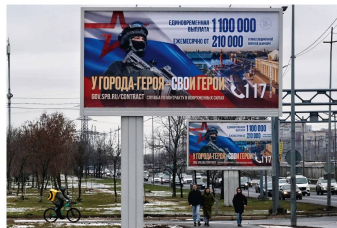
nister Milos Vucevic unterstützt das Vorhaben. Die Armeeführung hatte bereits Anfang des Jahres eine Wehrpflicht von bis zu vier Monaten gefordert. Die Entscheidung wird kontrovers diskutiert. Kritiker sehen darin einen möglichen Auslöser für verstärkte Abwanderung junger Männer aus Serbien. Besonders in der albanischen Minderheit im Presevo-Tal wächst die Sorge vor Diskriminierung und Marginalisierung durch den Wehrdienst. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Serbien folgt einem regionalen Trend. Auch Kroatien plant, als Reaktion auf die zunehmenden geopolitischen Spannungen in Europa, ab 2025 wieder einen verpflichtenden Militärdienst einzuführen. *pk*



Das Wachhaus bei der Amsterdamer Synagoge. Bild: Touw

RUSSLAND

Verteidigungshaushalt explodiert



Ein Land auf Krieg getrimmt: Werbung für Helden in St. Petersburg.
Bild: Novaya Gazeta

Russland plant für das Jahr 2025 eine deutliche Erhöhung seiner Militärausgaben um fast 30 Prozent auf 13,5 Billionen Rubel

(etwa 145 Milliarden Schweizer Franken). Dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Haushaltsentwurf hervor. Die geplanten Ausgaben übersteigen damit sogar die Budgets für Soziales und Bildung. Insgesamt sollen rund 40 Prozent des russischen Staatshaushalts für Verteidigung und Sicherheit aufgewendet werden – der höchste Anteil seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die massive Aufstockung des Militäretats steht im Zusammenhang mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine und der strategischen Neuausrichtung der russischen Streitkräfte. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Prozess bis zu acht Jahre dauern könnte. Neben der Auf-

stockung von Personal und Waffenbeständen sollen auch zivile Einrichtungen mit Luftabwehr- und elektronischen Kampfsystemen ausgestattet werden. Die hohen Militärausgaben stellen Russland vor wirtschaftliche Herausforderungen. Kritiker warnen vor wachsenden Ungleichgewichten in der Wirtschaft und einer Vernachlässigung wichtiger Bereiche wie Bildung und Gesundheit. Zudem könnte der Arbeitskräftemangel die Bemühungen zur Steigerung der Rüstungsproduktion untergraben. Im globalen Kontext reiht sich Russlands Aufrüstung in einen allgemeinen Trend ein. Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri stiegen die

weltweiten Militärausgaben 2023 um 6,8 Prozent auf ein Rekordhoch von 2,443 Billionen Dollar. Besonders starke Zuwächse verzeichneten neben Russland auch die USA, China und mehrere europäische NATO-Staaten. Die Ukraine, deren Militärhaushalt für 2025 mit 54 Milliarden Dollar deutlich hinter dem russischen zurückbleibt, ist deshalb weiterhin auf massive westliche Unterstützung angewiesen. Neben den Rekordausgaben sieht sich Russland mit Herausforderungen wie hoher Inflation und steigenden Zinsen konfrontiert, weswegen die einseitige Fokussierung auf militärische Stärke langfristig die wirtschaftliche Stabilität des Landes gefährden könnte. *pk*

ÄGYPTEN

Chinesische Jets

Ägypten, der viertgrösste F-16-Nutzer weltweit, steht kurz davor, einen Teil seiner in die Jahre gekommenen US-Kampffjets durch chinesische Chengdu J-10C zu ersetzen. Bereits am 19. August hat Kairo eine nicht näher genannte Anzahl der auch als «Vigorous Dragon» bekannten Mehrzweckkampfflugzeuge der vierten Generation bestellt. Damit wäre Ägypten nach Pakistan der zweite internationale Kunde für den modernen Fighter aus dem Reich der

Mitte. Die Entscheidung für die J-10C fiel, nachdem Ägypten Angebote der USA und Russlands zum Upgrade oder Ersatz seiner F-16-Flotte ausgeschlagen hatte. Washington hatte vorgeschlagen, die ägyptischen F-16 auf den neuen Standard Block 70/72 zu modernisieren und zusätzlich neue F-15 zu liefern. Doch trotz der langjährigen Partnerschaft lehnten die Ägypter ab – wohl auch aufgrund wiederkehrender Restriktionen seitens der USA bei der Lieferung fortschrittlicher Waffen und Technologien. Auch ein russisches Angebot für MiG-29 wurde abgelehnt, nachdem Kairo mit früheren Käufen wie der MiG-29M unzufrieden

war. Mit der J-10C erhält Ägypten nun einen leistungsfähigen Jet, der hinsichtlich Avionik, Bewaffnung und Flugleistungen durchaus mit aktuellen westlichen Mustern mithalten kann – und das zu einem Stückpreis von umgerechnet nur knapp 50 Millionen US-Dollar. Ausgestattet mit modernem AESA-Radar und fortschrittlichen Luft-Luft-Raketen dürfte die J-10C die Kampfkraft der ägyptischen Luftstreitkräfte signifikant erhöhen. Erst kürzlich weilte der ägyptische Luftwaffenchef, Generalleutnant Mahmoud Fuad Abdel Gawad, zu Gesprächen über die Beschaffung von J-10C und allenfalls sogar des Shenyang-J-31-Jets fünfter Generation

in Peking. Der Deal unterstreicht die wachsende militärische Zusammenarbeit beider Länder und ist zugleich Ausdruck einer breiteren geopolitischen Neuausrichtung Ägyptens: Mit dem kürzlichen Beitritt zur Brics-Gruppe wendet sich Kairo bewusst von westlicher Dominanz ab, um sich stärker mit dem globalen Süden zu solidarisieren. *pk*



Ein chinesischer J-10-Kampffjet.
Bild: LG Images

ARMENIEN

Russischen Putsch vereitelt?

Die Beziehungen zwischen Armenien und Russland erreichten zu Herbstbeginn einen dramatischen Tiefpunkt. Am 18. September erhob die armenische Staatsanwaltschaft schwere Vorwürfe gegen Moskau: Russland soll ver-

sucht haben, einen gewaltsamen Umsturz in Armenien zu organisieren. Laut den Ermittlern wurden sieben Personen angeklagt, einen bewaffneten Putsch vorbereitet zu haben. Die Verdächtigen sollen in Russland militärisch ausgebildet worden sein, um anschliessend die Regierung in Eriwan zu stürzen. Konkret wirft Armenien Russland vor, sechs armenische Staatsbürger und zwei ehemalige Bewohner von Bergkarabach für monatlich 220 000

Rubel (knapp 2300 Schweizer Franken) angeworben zu haben. Sie sollen auf einer Militärbasis namens «Arbat» in der südrussischen Stadt Rostow am Don ein dreimonatiges Training absolviert haben. Dort seien sie im Nahkampf und besonders für den Einsatz in geschlossenen Räumen ausgebildet worden. Einige Rekruten hätten sich jedoch geweigert, an dem Plan teilzunehmen und seien nach Armenien zurückgekehrt. Drei der Verdächtigen

wurden verhaftet, vier weitere werden mit Haftbefehl gesucht. Die armenischen Behörden gehen davon aus, dass es weitere Komplizen in Russland gibt, deren Identität noch nicht geklärt ist. Moskau hat die Vorwürfe bisher nicht kommentiert. Die Anschuldigungen markieren einen neuen Tiefpunkt in den ohnehin angespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Seit dem Amtsantritt von Premierminister Nikol Paschinjan 2018 hat sich

Armenien zunehmend vom lang-jährigen Verbündeten Russland distanziert und eine Annäherung an den Westen vollzogen. Besonders seit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 hat Eriwan

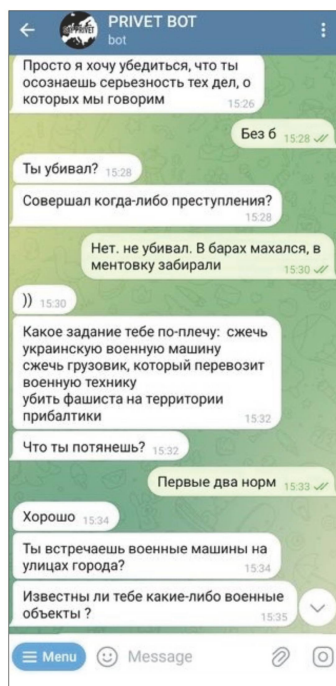
seine Zusammenarbeit mit der EU und den USA verstärkt. Russland reagierte darauf mit einer Annäherung an Armeniens Erzfeind Aserbaidschan. Als aserbaidchanische Truppen im September 2023 in

Bergkarabach einmarschierten, blieben die dort stationierten russischen Friedenstruppen untätig. Paschinjan warf Moskau daraufhin vor, Armenien im Stich gelassen zu haben. Als Reaktion

fror Anfang 2024 Armenien seine Mitgliedschaft in dem von Russland geführten Militärbündnis OVKS ein und Premier Paschinjan bestätigte die Austrittsabsicht diesen Sommer. *pk*

EUROPA

Anwerbung von Terroristen über Telegram



Die Nutzung von Telegram als Rekrutierungsplattform für prorussische Saboteure in Europa hat sich im Jahr 2024 weiter intensiviert. Europäische Sicherheitsbehörden beobachten mit wachsender Besorgnis, wie russische Geheimdienste, insbesondere der Militärgeheimdienst GRU, den Messaging-Dienst nutzen, um Sympathisanten für Spionage- und Sabotageakte anzuwerben. Das Organized Crime and Corruption Reporting Project, eine der grössten Investigativ-Organisationen weltweit, hat in einer umfangreichen Untersuchung festgestellt, dass ein Kanal namens «Privet Bot» in letzter Zeit sehr aktiv geworden ist. Gezielt werden dort Europäer mit prorussischen Ansichten angeworben und diesen Geld für verschiedene illegale Aktivitäten geboten. Die Aufträge reichen von Vandalis-

Klare Chatanweisungen: Schon mal getötet, Lastwagen angezündet?
Bild: Telegram

mus über Brandanschläge bis hin zu Spionage gegen militärische Einrichtungen. Die Bezahlung erfolgt in Kryptowährungen, um Spuren zu verwischen. Im Frühjahr 2024 konnten Sicherheitsbehörden in mehreren europäischen Ländern Erfolge im Kampf gegen diese Netzwerke verzeichnen. In Deutschland wurden zwei deutsch-russische Staatsbürger verhaftet, die Bombenanschläge auf US-Militärbasen geplant haben sollen. In Polen wurden 18 Personen festgenommen, die der Spionage und Sabotage für Russland verdächtigt werden. Besonders beunruhigend ist die Zunahme von Sabotageakten in den baltischen Staaten. In Lettland wurde ein Anschlag auf das Okkupationsmuseum in Riga verübt, der offenbar über Telegram koordiniert wurde. Die estnischen Behörden meldeten mehrere Fälle von Vandalismus an NATO-Einrichtungen, die auf ähnliche Weise organisiert wurden. Diese

Rekrutierungsbemühungen sind Teil einer breiteren russischen Strategie, um Chaos und Angst in westlichen Gesellschaften zu schüren. Ziel sei es, politische Kräfte an die Macht zu bringen, die die Unterstützung für die Ukraine reduzieren würden. Die Verhaftung von Telegram-Gründer Pawel Durow in Frankreich im August 2024 hat deshalb die Debatte über die Rolle der Plattform weiter angeheizt. Durow kündigte daraufhin strengere Moderationsrichtlinien an, doch Sicherheitsexperten bezweifeln, dass dies die Nutzung von Telegram für solche Zwecke signifikant einschränken wird. Trotz verstärkter Zusammenarbeit zwischen europäischen Sicherheitsbehörden bleibt die Bedrohung durch über Telegram rekrutierte Saboteure hoch. Die Anonymität und Verschlüsselung machen es für Ermittler zudem schwierig, alle Aktivitäten zu überwachen. *pk*

LIBANON

Israelische Bodenoffensive

Nach der geheimdienstlichen Aufklärung mittels Explosiv-Pagern des gesamten Hisbollah-Netzwerks, der Elimination dessen Generalsekretärs Nasrallah samt zweier seiner Nachfolger, startet Ende September die IDF eine begrenzte Bodenoffensive im Südlibanon. Ziel: Vernichtung der Partei Gottes und dem selbsternannten Widerstand im Libanon. Die Operation «Northern Arrows» ziele laut israelischem Militär auf Hisbollah-Stellungen,

die eine «unmittelbare Bedrohung» für Nordisrael darstellen. Neben Spezialkräften sind drei reguläre und eine Reservedivision im Einsatz. Heftige Kämpfe wurden aus den grenznahen Hisbollah-Hochburgen wie Aital-Shaab, Maroun ar-Ras und Yaroun gemeldet. Israel setzt dabei massiv Luftwaffe und Artillerie ein. Die libanesischen Armee zog sich aus Grenzposten zurück. Die UNTSO-Beobachtermission unter Schweizer Führung verliess ihre Stellungen und über den Verbleib der Unifil-Friedenstruppen herrscht generelle Ratlosigkeit. Die Hisbollah reagierte zwar mit verstärktem Raketenbeschuss auf Nordisrael. Auch Haifa wurde getroffen. Die IDF hat aber massive

Deutungshoheit. Über eine Million Libanesen sind unterdessen auf der Flucht. Westliche Verbündete mahnten Israel – jedoch nicht die Hisbollah – zur Zurückhaltung. Die USA und EU drängen auf eine diplomatische Lösung. Iran warnte vor Vergeltung bei Angriffen auf seine Infrastruktur. Russland verhält sich ruhig, lieferte aber hufenweise Waffen an die Schiiten-Miliz. Zuletzt weigerte sich dann der stellvertretende Hisbollah-Generalsekretär Nassim Qassem, der Anführer «seiner» Partei zu werden und bot gleichzeitig einen bedingungslosen Waffenstillstand an. Vorausgesetzt, der Gegner höre zuerst auf. Eine Ausweitung des Konflikts ist absehbar. Jedoch betont Israel, es gehe nicht um eine

dauerhafte Besetzung. Ziel sei die sichere Rückkehr seiner evakuierten Bevölkerung nach Nordgaliläa. Und dazu muss die Hisbollah aus dem Südlibanon verschwinden, eine Aufgabe die eigentlich per UN-Resolution 1701 von 2006 der libanesischen Armee und der UNO zuteil käme. Nun kümmert sich, so ein IDF-Pressesprecher, Israel eben selber darum. *pk*

